

ALLES VERGESSEN IN BREMEN-OSLEBSHAUSEN?

NACHDENKEN ÜBER ERINNERUNGSKULTUR

von Prof. i.R. Dr. Christoph U. Schminck-Gustavus

Als ich im Jahr 1974 an den Fachbereich Rechtswissenschaft der neu gegründeten Universität Bremen berufen wurde, habe ich nicht nur große Dankbarkeit, sondern auch eine starke Verpflichtung empfunden. Wie viele andere Reformer jener Jahre wollten wir damals an einer Ausbildung mitwirken, die es nicht zulassen würde, die Untaten und Versäumnisse der Juristengenerationen vor 1945 durch Vergessen und Verdrängen zu begraben. Wir dachten, die Gräueltaten unserer Väter und Großväter dürften niemals vergessen werden, weil sie in dem von den Nationalsozialisten begonnenen Zweiten Weltkrieg zum Tod von Millionen und Abermillionen Unschuldiger geführt hatten. Inzwischen mussten wir aber erkennen, dass wir in unserem damaligen Bestreben oft gescheitert sind. Trotz aller Lippenbekenntnisse von Politikern breitet sich heute das Vergessen von Krieg und NS-Terror in rasender Geschwindigkeit aus - und das nicht nur an Stammtischen, sondern selbst im Bundestag: Wenn es um die Schrecken der NS-Vergangenheit geht, dann durfte kürzlich der damalige Fraktionsvorsitzende der mittlerweile stärksten Oppositionspartei von zu vernachlässigendem „*Vogelschiss*“ reden. Solches widerspruchslos hinzunehmen, ist - trotz unserer Ehrfurcht vor dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung - undenkbar.

So mögen wir uns daran erinnern, dass auch mitten in Bremen schikaniert, gequält und gemordet wurde, dass Menschen dem Kälte-, Hitze-, Erschöpfungs- und Hungertod preisgegeben wurden, weil sie nach der perfiden NS-Rassendoktrin als „*minderwertig*“ galten und lediglich als Arbeitssklaven für die Kriegsproduktion eingesetzt werden sollten. Auch in Bremen ist dies vor aller Augen jahrelang geschehen: nicht nur Kriegsgefangene, sondern auch aus ihrer Heimat verschleppte Jugendliche und Kinder mussten Zwangsarbeit leisten und sind dabei zu Tausenden ums Leben gekommen. Schreckliche Einzelschicksale dieser Art habe ich in meinen in den 80er Jahren erschienenen Büchern und Dokumentationen eingehend beschrieben: „*Bremen kaputt. Bilder vom Krieg*“, „*Hungern für Hitler. Polnische Zwangsarbeiter im Dritten Reich*“, „*Das Heimweh des Walerjan Wróbel. Ein Knabe vor Gericht 1941-42*“

Aber viele der Bremerinnen und Bremer waren seinerzeit nicht nur Zeugen sondern vielfach auch bewusste Mittäter. Nur der Blick auf die - allerdings eher seltenen - Fälle von Mitleidvollen, die - unter hohem persönlichem Risiko - den verhungerten und geprügelten Fremden heimlich geholfen haben, kann den heutigen Betrachter trösten und bietet Ermutigung zu entsprechendem Verhalten in der Gegenwart.

Dies erscheint umso wichtiger als seit den Aufbaujahren der Bundesrepublik die Verdrängung der Kriegsereignisse sehr schnell die öffentliche Meinung bestimmt hat. Niemand wollte im Fieber des „*Wirtschaftswunders*“ etwas von deutschen Kriegsverbrechen wissen. Die „*Entnazifizierung*“ des öffentlichen Bewusstseins wurde auch in Bremen hastig abgeschlossen, denn der Blick sollte „*jetzt nach vorne*“ gerichtet werden. So kehrten auch in Bremen zahllose Mitläufer und Mittäter in den Nachkriegsjahren in ihre früheren Positionen zurück. Selbst der Sonderrichter, der die schriftliche Begründung des Todesurteils gegen den 16-jährigen Walerjan Wróbel geschrieben hatte, konnte wieder tätig werden; anlässlich seiner

Pensionierung wurde er dann auch im „*Weser-Kurier*“ als verdienstvoller Jurist gewürdigt, der in den Nachkriegsjahren zur Vereinheitlichung des Bremer Rechts beigetragen hatte - nachzulesen in der Zeitungsausschnitts-Sammlung des Bremer Staatsarchivs. Wenn es in der Nachkriegszeit also um Kriegsofopfer ging, so waren damals immer nur die deutschen Kriegsofopfer gemeint, die es ja auch - und nicht nur im Bremer „*Feuersturm*“ vom August 1944 - in großer Zahl gegeben hat.

Die gegenwärtige Debatte um den „*Russenfriedhof*“ in Bremen-Oslebshausen ist daher der jüngste Beleg für das Um sich greifen von Geschichtsvergessenheit. Zwar hatte der Bremer Senat noch am 21. August 1947 die Einrichtung eines Ehrenfriedhofs für die auf dem sogenannten „*Russenfriedhof*“ bestatteten ungefähr 800 sowjetischen Kriegsgefangenen gefordert. Ganz in der Nähe am Pulverberg, wo es auch ein polnisches Massengrab gab, sollte dieser Friedhof angelegt werden, und wäre damit in Bremen zu einem der sieben Friedhöfe und Gedenkstätten geworden. Warum es dann aber nicht dazu kam und nur 446 - statt aller schätzungsweise 800 - Leichen exhumiert und nach Bremen-Osterholz umgebettet wurden, ist unbekannt und heute auch nicht mehr zu ermitteln. Befremdlich ist allerdings, dass bereits damals diese Differenz erörtert, aber - soweit erkennbar - nicht aufgeklärt worden ist.

Noch befremdlicher ist jedoch, dass der heutige Bremer Staat als Eigentümer des Grundstücks offenbar bis vor kurzem nicht um dessen schwer belastete Historie gewusst hat. Wie kann es sein, dass 76 Jahre nach Kriegsende und 80 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion vergessen ist, was sich zwischen 1941 und 1945 mitten in Bremen auf diesem Grundstück zugetragen hat? Es müsste doch eigentlich allgemein bekannt sein, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen nach den Juden die zweitgrößte Opfergruppe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik darstellen.

Umso dankbarer müssen wir daher dem "*Bremer Friedensforum*" und der "*Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu*" sein, dass sie jetzt die Erinnerung an den "*Russenfriedhof*" wieder in die Erinnerung der Stadt zurückgebracht haben. In aufwändiger wissenschaftlich-historischer Ermittlungsarbeit wurde von ihnen Licht ins Dunkel gebracht - insbesondere durch Auswertung der online zugänglichen Datenbank *MEMORIAL*, die von der Russischen Föderation ins Leben gerufen und unterhalten wird. Dadurch konnten sie die Personalkarten von Kriegsgefangenen sowie die Registerkarte des Friedhofs Bremen-Osterholz vom Dezember 2012 ermitteln.

Allerdings zeigt der bisherige Umgang hiesiger staatlicher Stellen mit dem „*Russenfriedhof*“ dilettantische Ignoranz und Geschichtsvergessenheit, die des Bremer Senats unwürdig sind und auch nicht zu seiner in der Vergangenheit zu diesem Thema wiederholt bewiesenen Sensibilität passen. Man fragt sich daher zurecht, warum es überhaupt so weit kommen konnte und wie es möglich war, dass ein mit NS-Kriegsverbrechen belastetes Grundstück nunmehr einfach würdelos gewerblich genutzt werden soll. Wie kann es sein, dass im Jahre 2021 die fortdauernde Störung der Totenruhe - ein Straftatbestand nach § 168 StGB - sogar durch eine staatliche Institution mittels Vermietung der Fläche befördert werden soll? Und wie ist es möglich, dass Rechtsnachfolgern von Profiteuren der NS-Herrschaft (Siemens, Alstom-Bombardier als Rechtsnachfolger von Linke-Hofmann-Busch) dieses Areal in der Straße An der Reitbrake heute für ein Bahnbetriebswerk mit Abstellanlage zur gewerblichen Nutzung angeboten wird?

Einer detaillierten Stellungnahme der Rechercheure vom "*Bremer Friedensforum*" und der "*Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu*" ist inzwischen Folgendes zu entnehmen: Die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden vom OKW (Oberkommando der Wehrmacht) entsprechend den Dienstvorschriften der Wehrmacht zur Behandlung von Kriegsgefangenen bei ihrer Ankunft in Mannschafts-Stammlagern (Stalags) registriert und mit Erkennungsmarken ausgestattet. Diese Erkennungsmarke war mit der Bezeichnung des

Lagers und der jeweiligen individuellen Registrierungsnummer versehen. Die Gefangenen hatten sie ständig an einer Schnur um den Hals zu tragen. Im Todesfall verblieb die obere Hälfte bei der Leiche. Die untere Hälfte wurde zusammen mit den Personalunterlagen an die *"Wehrmachtsauskunftsstelle für Kriegsverluste und Kriegsgefangene"* (WASSt) nach Berlin geschickt. Die Auskunftsstelle war im August 1939 im OKW zur Erfüllung des Artikels 77 der Genfer Konvention von 1929 eingerichtet worden, um gegnerischen Staaten Auskunft über in deutschem Gewahrsam befindliche Kriegsgefangene geben zu können. Die NS-Führung hatte sich zwar zeitweilig bemüht, den sowjetischen Inhaftierten den Rechtsstatus von Kriegsgefangenen zu verweigern, aber derartiger völkerrechtlicher Unsinn hat heute natürlich keine Geltung mehr.

Korrespondierend zur Erkennungsmarke eines Gefangenen wurde auch noch eine mit Foto und/oder Fingerabdruck versehene Personalkarte ausgestellt. Hier wurden Angaben zur Person, die Versetzung in ein anderes Lager, Lazarettaufenthalte und Arbeitskommandos sowie im Todesfall die Todesursache und die Begräbnisstätte eingetragen. Die Personalkarte entsprach in Aufbau und Führung Artikel 77 Absatz 4 und 5 der Genfer Konvention. Die Nummer der Erkennungsmarke, die jeweils nur einmal ausgegeben werden durfte, und die Personalkarte begleiteten den Gefangenen während der gesamten Zeit seiner Gefangenschaft: sie war gleichsam der *"Ausweis"* des Kriegsgefangenen. Es ist daher für die Rechercheure bedauerlich, dass die Umweltbetriebe Bremen in der Registerkarte der Kriegsgräberstätte Bremen-Osterholz von 2012 neben den Namen und den Geburtstags- und Sterbedaten nicht auch die Nummern der Erkennungsmarken aufgeführt haben.

Die Verfasser der hier zitierten Stellungnahme von *„Friedensforum“* und *„Bürgerinitiative Oslebshausen“* haben im Online-Archiv *MEMORIAL* insgesamt 116 Personalkarten recherchiert, für die als erster Bestattungsort *"Grambker Heerstraße"* (Бремен - Грамбкер Херштрасце) angegeben wurde. Diese Personalkarten wurden einzeln durchgesehen und die jeweils angegebenen Geburts- und Sterbedaten sowie der Name mit der Registerkarte der Umweltbetriebe Bremen abgeglichen. Im Ergebnis fand sich aber keines der nachgewiesenen und auf dem Russenfriedhof bestatteten 116 NS-Opfer in der Aufstellung der Umweltbetriebe Bremen. Der Verbleib der namentlich genannten 116 NS-Opfer bleibt damit unklar. Es spricht aber vieles dafür, dass sie nicht auf dem Friedhof Bremen-Osterholz liegen, sondern immer noch im Erdreich am Bahndamm in Oslebshausen.

Nach alledem ist der Bremer Senat aufgefordert, nunmehr auch dieses düstere Kapitel der Bremischen Geschichte aufzuarbeiten und in Absprache mit dem *„Bremer Friedensforum“* und der *„Bürgerinitiative Oslebshausen“* Konsequenzen zur weiteren würdevollen Nutzung des Areals *"Russenfriedhof"* zu ziehen.